

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten im Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Kantoren 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. ersicht jeder Anrufer auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5gepaltenen Zeitspaltzeilen oder deren Raum 15 Pfg., die 3gepaltenen, Reklamespaltzeilen 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unentgeltlich gesondert. — Bei Fernsendungen abzugeben. — Bei Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mfr. des Textes, zusätzlich Polsteilgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 17

Dienstag, den 11. Februar 1930

32. Jahrg.

## Im Auftrage der Städte-Feuerzösiätät der Provinz Sachsen werden in nächster Zeit Prüfungen v. Blikableiteranlagen

durch Sachverständige vorgenommen werden. Den bei der Zösiätät versicherten Geschäftseigentümern, deren Gebäude mit Blikableitungen versehen sind, ist hierbei Gelegenheit geboten, die Anlagen **billig prüfen** zu lassen, da die Zösiätät zu den Kosten dieser Prüfungen eine Beihilfe gewährt.

Geschäftseigentümer, die von dieser Vergünstigung Gebrauch machen wollen, werden ersucht, sich bis zum 20. Februar in der Stadt Greibitz zu melden. Kemberg, den 8. Februar 1930.

19) Der Magistrat.

## Brennholzversteigerung.

Sonnabend, den 15. Februar, vormittags 10 Uhr, sollen im Stadtpark Oppin 67 rm kiefernes Scheitholz, 130 rm kiefernes Rollholz (Kahlhieb) 15 rm Buche und Eiche, 45 Reifshausen, versteigert werden.

Sammelpost: Forsthaus, Bedingungen im Termin. Kemberg, den 10. Februar 1930.

20) Der Magistrat.

## Neues in Kürze.

- \* Die Art der Verhandlungen in London hat in Frankreich, das keinesfalls mehr führend auf der Seccionferenz ist, sehr verstimmt.
- \* Im Tübingen-Vertrag wurde das Urteil gefällt, das auf 20 Millionen Mark erdrosselt.
- \* Um den Reichshaushalt auszugleichen, ist ein neuer Kredit von 250 Millionen Mark erforderlich.
- \* Im Reichsfinanzministerium wurde das neue Haushaltsjahr 1930/31 beschlossen, durch das im Falle der Annahme im Januar 70 000 Reichsmark festliegen müssen.

## Politischer Wochenpiegel.

Aus Schwaben zur Klarheit. — Youngplan, Etat und Finanzreform. — Die Aufgaben des Reichstags. — Abbau der Kontrollen. — Zusammenfassung der Länder im Fuß.

Vor kurzem noch ging es etwas bunt durcheinander. Der Reichsfinanzminister hatte seine Pläne, der Außenminister kam dazu, die Parteien stellten jede ihre Forderungen auf. Man wußte nicht zu recht, wo man anfangen sollte, um einen geordneten Gedankengang sich zurecht zu legen. Noch schlimmer war's für die Regierung und die Parteien selbst. Sie wurden durch stets neue Anzettelungen immer aus einem eben gefundenen Kurs gebracht. Es hat über eine Woche gedauert, bis man schließlich einen Anlauf nahm, die Parteiführer zum Kanzler hat und nun zuerst einmal die schwebenden Probleme eine Ordnung annehmen. Das Zentrum hatte darauf gedrungen, ehe der Youngplan zur Beratung käme, über die Finanzreformpläne unterrichtet zu werden. Der Finanzminister mußte aber erkläre, er wisse selbst noch nicht, wie die Finanzreform aussehen werde, und nach langer Aussprache wurde die Verhandlung schließlich auf ein engeres Gebiet begrenzt. Dieses Gebiet war lediglich der Youngplan und waren die Gesetze, die mit ihm im Zusammenhang standen. Man war sich klar, daß dieses Abkommen ratifiziert werden müsse. Mit ihm hängen ein Gesetz der Reichsbahn, ein Gesetz der Reichsbank und hängen die Liquidationsabkommen zusammen. Man hat nicht gehört, wie die Parteien im Einzelnen zu den Gesetzen stehen, nur das eine wurde bekannt, daß sie sich verständig hätten. Folglich muß man warten, was im Reichstag selbst zur Sprache kommt. Die Reichsbahn scheint eine einheitliche Willigung zu finden, bei der Beratung des Reichsbankstatus wird es kritischer, denn die Sozialdemokraten haben einen Initiativantrag eingebracht, der ihrem Kampf gegen Schwacht entspricht. Ueber die Liquidationsgesetze wurde schon mehr bekannt. Besonders das Abkommen mit Polen hat erheblichen Widerstand ausgelöst, der Curtius nun brechen konnte mit der Erklärung, der Youngplan bilde mit den Liquidationsabkommen ein Ganzes, und zwar deshalb, weil die anderen Mächte seines Wissens, den Youngplan nur dann ratifizieren würden, wenn er mit den Liquidationsabkommen verbunden wäre. Schließlich aber drängte er

noch dahin, keine Verzögerung der Ratifizierungsverhandlungen eintreten zu lassen, weil dann nicht eine rechtzeitige Klärung der dritten Zone verbürgt sei.

Aber die Parteiführer haben dennoch den Wunsch gehabt, so bald wie möglich, auch über die zunächst verlagten Finanzfragen zu sprechen. Die Regierung bereitete die Besprechung mit den Parteiführern vor, kam aber nicht zu einem definitiven Entschluß, einigte sich nur dahin, die Parteiführer selbst mit Anregungen kommen zu lassen. Wollte man voraussetzen, was die Führer der Mehrheitsparteien wünschen, so würde man sicherlich ganz vorbei greifen, denn auch sie können feste Richtlinien für die Finanzreform nicht geben. Und so ist es eine Tatsache, daß sich von allein die Einrichtung einer zweiten Verhandlungs-Etappe ergibt, sie ist der Etat.

Man hat sich über ihn mehr eingehender unterhalten können, da er Formen beibehält, da der Finanzminister weiß, was er streichen, was er neu fordern will. Es ist nicht nötig hier anzuführen, wie der neue Steuertrauf gebunden werden soll. Jedenfalls sollen nach der bisherigen Schätzung 900 Millionen notwendig sein, um den Etat zu balancieren. Und um eine solche Summe aufzubringen genügt nicht eine Bier- und Tabaksteuererhöhung. Man denkt an Raffee und Tee und denkt — während der Finanzminister schon weiß, was er will, denn er muß ja inwärtigen seinen Mann haben. Der Etat soll in doppelter Ausfertigung fertig gewesen sein, als er noch im Saal weilte. Bisher hat er sich in das Rätselraten nicht einmischen, und eine Tafel verfolgt, die nicht über erhebt, er läßt die Verantwortlichkeit auf die Parteien ausstehen und laßt dann: Hier ist der Etat, und er wird mit dem nötigen Nachdruck seine Steuern durchziehen, muß so wie der Außenminister seinen Youngplan und die Liquidationsabkommen.

Im Fuß liegt eine bewegte Woche hinter uns, die über diese Verhandlungen und Fragen noch interessante Erscheinungen brachte. So die Tatsache, daß die Kontroll-Organen aus dem Damesplan abgebaut werden, größtenteils gar nicht mehr tätig und bereits abgerufen sind. Man hat diesen Abbau der Kontrollstellen viel zu wenig beachtet. Wenn sich die Kontrolle auch nicht immer sichtbar auswirkt und besonders schwer empfunden wurde, so wirkt sie mehr indirekt und hemmt viele freien Entschlüsse der Regierung und der Parteien. Man mußte bei jeder Frage überlegen, ob sich nicht eine Einmischung der Kontrolle ergeben könnte. Besonders der Reparationsanspruch war in dieser Hinsicht gefährlich. Eine Befreiung ist erfolgt, die nicht übersehen werden darf. Wir haben uns nur daran zu erinnern, wie es wirkte, als wir diese Kontrolle anerkennen mußten. Mit welcher Sprache hat die deutsche Öffentlichkeit die Verwornung beurteilt, wie fühlte sich jeder fast persönlich beengt und behindert?

Selbst die Neugehaltung des Reiches hat auf die die Kontrolle adpen müssen und stets die Frage vor sich gesehen, ob nicht Damesplan-Hindernisse aufgebaut seien. Diese Neugehaltung ist aber nicht diesfalls in seinen Stufen geraten. Sie braucht lange Vorarbeit und könnte nur beschleunigt werden, wenn sich eine Bewegung auslöste, wie sie jetzt in den Verhandlungen zwischen Preußen und Mecklenburg-Strelitz in Erscheinung getreten ist. Beide Länder verhandeln wegen eines Zusammenschlusses. Die Verhandlungen sollen sogar sehr weit gediehen sein. Für Mecklenburg-Strelitz ist ein Zusammenhluß mit Preußen der einzige Ausweg, beträchtliche Ersparnisse zu machen. Wenn das Land auch reich ist, viele Forsten und Ländereien hat, so hat es doch keine besonders steuerkräftige Einwohnerzahl und dementsprechend zu große Verwaltungskosten. Nicht so schlimm geht es mit Braunschweig, das ebenfalls Neigung verspürt, unter gewissen Bedingungen, sich Preußen anzuschließen. In weiteren solchen Angelegenheiten sehen wir zuerst den einzig gangbaren Weg zur Vereinheitlichung des Reiches.

## Parteiführer und Reichsfinanzminister.

Im den Haushaltsplan 1930.

— Berlin, 8. Februar.

Unter dem Vorsitz des Reichsbankpräsidenten fand in Anwesenheit der Mitglieder des Reichsleitens eine erste Aussprache mit den Führern der Regierungsparteien über die Gestaltung des Haushalts für 1930 statt.

Reichsfinanzminister Dr. Holzner erklärte hierzu einen ausführlichen Bericht, an den sich eine eingehende Erörterung schloß.

Im Anschluß an die Besprechungen werden sich die Parteiführer mit ihren Fraktionsvorsitzenden in Verbindung setzen. Die Finanzsachverständigen der einzelnen Fraktionen werden abdann Anfang nächster Woche die Besprechungen mit

dem Reichsfinanzminister aufnehmen.

An den Besprechungen nahmen teil die Abgeordneten Scholz, Japp und Cremer für die DVP, Esser und Brünning für das Zentrum, Leiß für die DVP, Koch, Reinhold und Meyer für die Demokraten und Metz, Freytag und Keil für die SPD.

## Die Grundlage der Verhandlungen

bilieten die im weitestlichen bekannten Steuerpläne des Reichsfinanzministers zur Auffüllung des Fehlbetrages von rund 900 Millionen. Obwohl in allen Parteien gegen die neuen Steuerpläne starke Bedenken erhoben wurden, glaubt man in beteiligten Kreisen doch, von

## einem gemäßigten Optimismus

sprechen zu können, so daß es im Sinne des bekannten Zentrumsgrünes gelingen könnte, noch vor der Beratung der Youngpläne im Reichstag eine grundsätzliche Einigung der Regierungsparteien über den Haushalt für 1930 zu erdachen.

## Ersparnisse für Wohlfahrts-einrichtungen

Uebige der parlamentarischen Abende.

— Berlin, 8. Februar.

Der Reichspräsident hat sich im Hinblick auf die ungelungene wirtschaftliche Lage entschlossen, die üblichen parlamentarischen Abende in diesem Jahre ausfallen zu lassen und den hierdurch ersparten Betrag der Ständebürgerspende zur Vinderung der Not unter den Kriegserhebten und Kriegesbeschädigten zu überweisen.

Auch die Reichsregierung hat einen entsprechenden Beschluß gefaßt und den erparten Betrag der Stadt Berlin zur Sperrung bedürftiger Schulkinder zur Verfügung gestellt. Desgleichen hat der Reichstagspräsident unter Bericht auf die parlamentarischen Beratungen die sich ergebenden Ersparnisse einer Wohlfahrts-einrichtung zur Vinderung der Notlage der langfristigen Arbeitslosen im Osten des Reiches überlassen.

## Neuer 250-Millionen-Kredit.

Zu den neuen Haushaltsplänen.

— Berlin, 8. Februar.

Ueber die Pläne zum Ausgleich des Reichshaushalts 1930/31 verlaute unterirdisch Seite noch folgendes:

Es ist beabsichtigt, die Fehlbeträge der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung außerhalb des normalen Haushalts zu regeln in der Form, daß die Angeleitenerhöhung der Arbeitslosenversicherung einen Kredit in Höhe von 250 Millionen Mark zur Verfügung stellt. Das Reich wird für diesen Kredit die Ausfallsrisiko übernehmen und, um jede Sicherheit dafür zu schaffen, daß diese Beträge nicht verloren gehen, Reichsbankvorschriften mit einer Garantie gegen Kursverluste in Höhe von 250 Millionen Mark der Angeleitenerhöhung übergeben.

Weiter soll das Reichsfinanzministerium einen Tilgungsplan aufstellen, der diese Schuld im Laufe von einigen Jahren abgeben soll. Praktisch heißt das, daß das Reich neue Schulden in Höhe von 250 Millionen Mark machen muß, um den Haushalt auszugleichen. Bekanntlich ist ferner geplant, die Biersteuer um 50 Prozent und die Amststeuer um ein Viertelprozent zu erhöhen. Wie verlaute, beabsichtigt das Reichsfinanzministerium, den Ländern insofern einen Ausgleich zu bieten, als ihnen von dem Verbrauch von der Biersteuer 80 Millionen zuzufallen, von denen Bayern allein 40 Millionen erhalten soll.

## Anschluß an Preußen?

Aussprache im Strelitzer Landtag.

— Neustrelitz, 8. Februar.

Die Haushaltsrede des Staatsministers Dr. von Weizsäcker im Strelitzer Landtag bezeichnete den Staatshaushaltsplan für 1930/31 als Sparhaushalt. Er erwähnte die wachsende Verschuldung des Landes, die seit der Stabilisierung der Mark jährlich 2 Millionen Mark an Aufwuchs für die Aufrechterhaltung der Eigenhaftigkeit erfordert habe.

Man müsse zur rechten Zeit in Anschlußverhandlungen eintreten. Amtliche Verhandlungen seien darüber noch nicht gepflogen worden. Es habe lediglich eine unverbindliche Fühlungnahme zwischen dem preussischen Minister des Innern und seinen zuständigen Deputierten einerseits und dem mecklenburg-strelitzischen Staatsminister und den Parteiführern der Regierungsparteien andererseits stattgefunden. Eine von allen Parteien zu verantwortende Lösung der Anschlußfrage müsse gefunden werden.

Der deputationsnationale Abgeordnete von Balow erklärte, die schließliche Finanzlage sei identisch mit der allgemeinen Landwirtschaftsfrage, die Gesamtsituation in Preußen halte den im einzelnen in Mecklenburg-Strelitz vielfach ungelungeneren Steuerverhältnissen die Waage. Dr. Forth (Soz.) Landrat des Amtes Strelitz, betonte ein Anschluß hätte eine erhebliche finanzielle Erleichterung der Bürger des Kreises aus Folge. Der Abgeordnete Dr. Seiperth (DVP) bekräftigte

den Mit der Staatsregierung, schon jetzt die Anstufung angegriffen zu haben. Besonders erwähnte er die Belagerung der Feiler und Gemeinden durch Volksfahrtsläfen. Freilich erliefte den Kreisen 70 v. H. dieser Vorkämpfer, die Freilichigen Feiler und Gemeinden erhielten weit weniger

### Um das Völkerverbandssekretariat.

Für eine kollegiale Verfassung.

Genf, 9. Februar.

In Berliner politischen Kreisen liegen aufwendige Berichte über die Vorfälle der Dreizehnerkommission noch nicht vor. Diese Kommission ist von der letzten Bundesversammlung zum Studium der Organisation des Völkerverbandssekretariats, des Internationalen Arbeitsamts und des Sekretariats des Internationalen Arbeitsamts und des Sekretariats des Internationalen Arbeitsamts ernannt worden. Das deutsche Mitglied dieser Kommission ist der Graf Bernstorff, der aber nicht als Vertreter der deutschen Regierung gilt, sondern auf Grund seiner besonderen Erfahrungen von der Bundesversammlung ernannt worden ist. Voraussichtlich wird im Laufe des Frühjahrs oder des Sommers eine weitere Tagung abgehalten. Nach den Erörterungen in politischen Kreisen handelt es sich bei den letzten Beratungen vor allem um die oberste Leitung des Völkerverbandssekretariats.

Auf Grund der Meinungen der Völkerverbandsleitung und der bisherigen Leitung liegt die Verantwortung für die Leitung des Völkerverbandssekretariats allein beim Generalsekretär.

Es ist von verschiedenen Seiten der Wunsch geäußert worden, die Leitung des Völkerverbandssekretariats mehr kollegial zu gestalten, wobei an eine Einschaltung der Untergeneralsekretäre und vielleicht auch der Arbeitsdirektoren zu denken wird.

### Eine allseitig befriedigende Lösung

dieser Frage scheint sehr schwierig, da sie unter Umständen eine Veränderung der Stellung des Völkerverbands erfordert würde. Außerdem dürfte es schwer sein, zu bestimmen, wie weit der Kreis dieser leitenden Kollegiums gezogen werden soll. Wenn man davon ausgeht, daß es eine der Hauptaufgaben des Sekretariats ist,

die Vorarbeiten für die einzelnen Völkerverbandsorgane zu leisten, so erscheint es erwünscht und zweckmäßig, daß die den Völkerverbandsleitungen zur Beratung und Entscheidung vorliegenden Fragen bereits im vorbereitenden Stadium durch kollegiale Arbeit im Völkerverbandssekretariat eine gewisse Klärung erfahren. Von diesem Standpunkt aus gesehen, muß die Leitung der Völkerverbandsleitung eine möglichst weit der Leitung des Völkerverbandssekretariats übertragen, als durchaus gesund bezeichnet werden.

### Frankreich verstimmt.

Dreimächteabkommen in London gescheitert.

London, 9. Februar.

Das britische Memorandum hat die in französischen Kreisen über den amerikanischen Vorschlag bestehende Verstimmung noch vergrößert. Auf Grund des neuen englischen Vorschlags ist nötig, daß zwischen England und den übrigen Beteiligten ein vollkommenes Übereinstimmen besteht, während in bezug auf Japan noch einige Schwierigkeiten vorhanden sind.

Trotzdem ist ein Dreimächteabkommen nicht mehr ernstlich gefördert, und dieses Abkommen wird auf einer sehr erheblichen unter den Bedingungen des Washingtoner Vertrages liegenden Grundlage erreicht werden können. Die Aussichten für ein Fünfmächteabkommen haben sich entsprechend verschlechtert.

Die Stellung Frankreichs ist zum erstenmal seit Beginn der Plattenkonferenz schwierig geworden. Frankreich ist nicht länger die führende Macht der Konferenz.

### Amerikanische Initiative.

Auf dem Wege zur praktischen Arbeit.

London, 9. Februar.

Das schleppende Tempo und die allmählich triefenartig werdende Verwirrung auf der Londoner Plattenkonferenz hat die amerikanische Regierung zu einem entscheidenden Schritt veranlaßt. Auf Grund eines ausführlichen Meinungsaustausches mit dem Präsidenten Hoover hat der Außenminister Stimson, der Führer der amerikanischen Delegation, der Konferenz einen ausführlichen Vorschlag unterbreitet, mit dem Amerika nicht nur, wie schon so oft

in kritischen Situationen großer internationaler Konferenzen, die Führung übernimmt, sondern mit dem zugleich auch eine wirklich brauchbare Grundlage für die praktische Arbeit der Konferenz gegeben ist.

Daneben bedeutet die amerikanische Initiative auch die Wiederherstellung der durch die Unzufriedenheit der deutsch-amerikanischen-englischen Verbündeten, von der die amerikanischen Vorschläge als von einer höheren Grundlage ausgehen. Was sie in großen Zügen vorsehen, ist eine so gut wie vollständige Parität

zwischen der amerikanischen und der englischen Seerichtung, unter Voraussetzungen, die zugleich eine Anpassung der britischen Frankreichs und Japans bedeutet und damit zugleich eine Gruppe von mehr oder weniger Schwergewichten aus dem Wege räumen. Auch die Art, wie der amerikanische Vorschlag die Unterlebensfrage geregelt sehen will, bedeutet, indem Amerika das Bedürfnis anderer Staaten nach Beibehaltung dieser Rolle anerkennt, doch die Sicherung einer Verhandlungsphase.

### Der amerikanische Vorschlag

grundsätzlich betont, daß nur ein allgemeiner Ausgleich auf der Basis gleicher Richtlinien in Frage kommen könne, so ist Washington damit bemüht, Gruppenbildungen zu vermeiden, wie sie in dem ersten Vorhaben der Konferenz das gemeinsame Ziel zu zerstören drohten. Zu den amerikanischen Vorschlägen hat bisher nur die zweifelhafte Meinung in zunehmendem Maße Stellung genommen, während sich die Mächte selbst noch zurückhalten.

### In Frankreich ist man einigermaßen überzät

und legt Wert darauf, den Stand der Dinge so auszudeuten, als ziele Washington auf eine besondere, freilich nicht sich fähigkeitsmäßig mit London und Tokio nach Japan hält sich nach zurück, und aber nachgehenden müssen, daß der amerikanische Plan von dem Willen zeigt, den besonderen Bedürfnissen des östlichen Indiens Rechnung zu tragen.

Auf jeden Fall darf man erwarten, daß die amerikanische Initiative nun endlich am Beginn der vierzehnten Woche die Londoner Konferenz in ein lebhafteres Tempo und auf den Weg praktischer Arbeit bringen wird.

### Der Bericht der Reichspost.

Erneute Steigerung des Verkehrs.

Berlin, 9. Februar.

Die Deutsche Reichspost veröffentlicht loben ihren Bericht über das 3. Viertel (Oktober bis Dezember) des Rechnungsjahres 1929. Der Verkehr ist in fast allen Betriebszweigen gestiegen; im Paket-, Wert- und Telegrammverkehr sind die Vorjahreszahlen nicht ganz erreicht worden. Im Kalenderjahre 1929 wurden insgesamt rund 25 600 neue Poststellen

eröffnet. Der Jahresumsatz belief sich auf 736,8 Millionen Budgeteinheiten über 150,7 Milliarden Rm., davon 82 v. H. barlos. Das Postbesoldungsbudget betrug am Jahresende 688,9 Millionen Rm.

### Die Zahl der Sprechstellen

ist 1929 um 38 200 auf 3 115 928 gestiegen. Im Auslandsvorkehr wurden in der Reichspost rund 689 100 Funktionseinheiten verarbeitet. Die ersten neuen Kandidaten werden bei Wahlen an der landeswürttembergischen Landesversammlung und in Heilsberg (Westpreußen) erachtet werden.

### Die Zahl der Rundfunkhörer

betrug am 31. Dezember 1929 auf rund 3 067 000 (1928 und 2 636 000). Von Juli bis September sind 217 Schwarzjörer rechtmäßig zurteilt worden.

Im Kassenabgleich für das Berichtsjahr werden die Einnahmen mit rund 591 Millionen Rm., die Ausgaben mit rund 583 Millionen Rm. ausgewiesen.

### Ende der Gemischten Schiedsgerichte.

Eine Folge der Liquidations-Verträge.

Berlin, 9. Februar.

Nach der Annahme der verschiedenen Liquidationsverträge, die jetzt dem Reichstag zur Beschlussfassung vorliegen, wird auch die Tätigkeit der in Paris tagenden Gemischten Schiedsgerichte deren baldigen Abschluß finden.

### In dem deutsch-italienischen Abkommen

ist vorgesehen, daß sämtliche noch anhängige Forderungen im zwischenstaatlichen Verkehr, sowie im Verhältnis zu Gläubigern und Schuldern als geregelt gelten, so daß das zwischenstaatliche Verfahren damit ohne weiteres sein Ende erreicht. Auch das deutsch-belgische Abkommen sieht vor, daß die belgischen Forderungen im Verhältnis zu Gläubigern und Schuldern als geregelt gelten, so daß das zwischenstaatliche Verfahren damit ohne weiteres sein Ende erreicht. Auch das deutsch-belgische Abkommen sieht vor, daß die belgischen Forderungen im Verhältnis zu Gläubigern und Schuldern als geregelt gelten, so daß das zwischenstaatliche Verfahren damit ohne weiteres sein Ende erreicht.

ist vorgesehen, daß sämtliche noch anhängige Forderungen im zwischenstaatlichen Verkehr, sowie im Verhältnis zu Gläubigern und Schuldern als geregelt gelten, so daß das zwischenstaatliche Verfahren damit ohne weiteres sein Ende erreicht. Auch das deutsch-belgische Abkommen sieht vor, daß die belgischen Forderungen im Verhältnis zu Gläubigern und Schuldern als geregelt gelten, so daß das zwischenstaatliche Verfahren damit ohne weiteres sein Ende erreicht.

### Die belgischen Forderungen

sind endgültig geregelt. England, Italien und Neuseeland gegenüber hat sich eine Aufhebung des Auslieferungsverfahrens leider noch nicht durchsetzen lassen.

### Im deutsch-französischen Vertrag sind

Auslieferungsforderungen für die Erhebung von Klagen festgelegt. In den meisten vorliegenden Verträgen sind Bestimmungen darüber getroffen worden, die auf eine Beilegung der Streitigkeiten oder zum mindesten auf eine Beilegung der Abwicklung ihrer Tätigkeit hinwirken.

Im allgemeinen ist damit zu rechnen, daß die bauernde Tätigkeit der Schiedsgerichte alsbald ihr Ende erreicht, und daß diese Schiedsgerichte in Zukunft in den Fällen, wo sie nicht ganz befreit worden sind, nur dann noch einberufen werden, falls sich ein besonderes Bedürfnis herausstellt.

### Böhs über die Berliner Finanznot.

Seine Bemühungen um den städtischen Haushalt.

Berlin, 9. Februar.

Nach der Vernehmung des Stadtkämmerers Dr. Elzner über die Finanzlage der Stadt Berlin sprach im Senat der Untersuchungskommission Oberbürgermeister Böhs zunächst über seine Bemühungen, die Finanzen der Stadt einer Gelungsmöglichkeit zuzuführen.

Auf seine Initiative sei es gelungen, den außerordentlichen Haushalt im Jahre 1929 auf 162 Millionen herabzurufen gegen 272 Millionen im Jahre 1928. Der Stadtkämmerer und er seien im Magistrat gegen die Verlängerung der U-Bahntrasse gewesen. Sie seien aber überlistet worden. Angedachte der bereits abgeschlossenen Verträge sei eine Stilllegung der Bauten nicht mehr möglich gewesen. Weiter seien die in dem Staat zu mehr möglich geworden. Im Haushaltsjahr 1929 seien die außerordentlichen Ausgaben für den Volksfahrtsausbau infolge des Uebernehmens der Erwerbslosigkeit nicht vorausesehen gewesen.

Im Zusammenhang mit der Elzner-Angelegenheit sei die Finanzwirtschaft Berlins in der Öffentlichkeit in einer Weise erörtert worden, daß der Stadt Kredit geltend gemacht worden.

Die Deduktion des so ausgefallenen Bedarfs habe unmittelbar zu den Finanzschwierigkeiten geführt. Der Ausschuss verurteilte ihn darauf.

### Die Finanzlage Berlins.

Stadtsyndikus Lange vor dem Senatsausschuss.

Berlin, 8. Februar.

Vor dem Senat-Untersuchungskommission des Preussischen Landtages schiederte Stadtsyndikus Lange eingehend die Finanzlage der Stadt Berlin.

Er führte u. a. folgendes aus: Die Verkehrsverträge bzw. die Verkehrsbauplan haben Berlin dauernd mit Beträgen von über 100 Millionen belastet. Außerdem bei Untergrundbahnbau ist überaus hohe Rentabilität zu erzielen. Berlin hat von seinen Verkehrsverträgen nicht das investierte Geld zurückbekommen können. Der Stadtsyndikus erklärt sich außerdem auch durch die im Jahre 1929 infolge Zunahme der Unterhaltungsempfänger um 29 Millionen gestiegenen Ausgaben bei der Volksfahrtsverwaltung. Darauf gab der Redner eine Uebersicht über die Verhältnisse der Stadt Berlin nach dem Stande vom 1. Januar 1930.

Einer Gesamtübersicht von 1,24 Milliarden steht ein Gesamtüberschuss von 2,64 Milliarden gegenüber. Stadtsyndikus Lange äußerte die Ansicht, daß die Verhandlungen des Senatsausschusses in erheblichem Ausmaß die Kreditwürdigkeit Berlins geschädigt und falsche Auffassungen über die Kreditwürdigkeit verbreitet hätten. Die Frage des Vorstehens, ob es richtig sei, daß Oberbürgermeister Böhs seine Aufwandsentschuldigung am 1. Januar erhalten habe, obwohl er seit Monaten nicht mehr im Dienst sei, verneinte der Stadtsyndikus. Er sagte, daß Böhs Anfang Dezember mitgeteilt, daß ihm die Aufwandsentschuldigung nur postumend geschickt werden würde. Der Magistrat habe angenommen, daß das Disziplinungsverfahren im Laufe eines Monats erledigt sein würde. Da dies nicht der Fall gewesen sei, habe der Magistrat beschlossen, die Auf-

„Herr Hartung, wir werden uns in Zukunft hoffentlich noch öfter hier im Walde begegnen, und auf mich lassen Sie sich verlassen können. Glauben Sie mir: Da Sie des alten Hartungs Sohn sind und Ihrem Vater aus Haar gleichen, so werden Sie keinen leichten Stand haben in Ihrer Stellung. Viel zu schade sind Sie für diese jämmerlichen Schreibtischnähe. Wollen Sie mich einmal frei von der Leber reden: In eine Sippschaft von Gaunern und Betrügern kommen Sie hier. Und Sie sind vornehm, wenn Sie nicht mitmachen. Der alte Herr Graf hat keine Ahnung in Poggala den treueren, wackeren Ehrenmann von der Welt. Und der Junker freisticht jährlich enorme Summen ein für Hof und Wild, das er auf eigene Rechnung verkauft. Der Herr Adamowski, dieser dunkle Ehrenmann, ist kein better Freund und Selbstbesitzer.“

„Gehet Herr Busch, das ist ja aber ungeheuerlich!“ unterbrach Wilhelm den Begleiter. „Wissen Sie denn ganz bestimmt, daß die Dinge so liegen? — Ich kann es mit nicht denken.“

„Bei meiner Ehre, es ist wie ich Ihnen sage. Die fünf Unteroffiziere in den vertriebenen Kameraden wirtschaften ebenso schamlos in die eigene Tasche. Jeder Wildbilde, der ihnen eine bestimmte Summe zahlt, darf nach Herzenslust die besten Felle und Stiefle überreifen. Nur die fern Geld haben, die armen Teufel von Selbstbauern, die einmal in der Bezeichnung ein Stück Wild erlegen, um nicht ihre eigenen Kartoffeln vermehren zu lassen, ja, diese Leute werden erntarmungslos bestraft.“

„Nein, nein, ganz so arg kann es unmöglich sein.“ wachte der Jäger ab. „Sie sehen zu schwarz, Herr Busch. Solche Zustände gibt es wohl in Aufland, aber nicht bei uns. Sollte denn niemand dieses Treiben dem Grafen entschuldigen?“

„Bei Gott, es ist so und noch weit ärger.“ versicherte der Stiefeln im Tone höchster Entrüstung. (Fortf. folgt.)

### Des Freundes Schuld und Sühne.

Original-Roman von Ludwig Berger.

18

„Aber allem.“ so fuhr der Oberförster fort, „erwarten Sie mir unrichtigen Verrater, denn — denn — ich bin herzlich und darf mich nicht aufregen. — So, das wäre alles, was ich Ihnen für heute zu sagen habe. — Also, auf Wiedersehen!“

Das war schnell erledigt, fürwahr! — Wilhelm empfand ein Gefühl des Glets. — Nein, diese Kaltblütigkeit konnte dem schneidigen jungen Jägersmann nicht imponieren. Der Herr pagte nicht in den grünen Wald und hatte nichts von einem Oberförster in seinem Wesen wie in seinem Auftreten, trotz der eleganten grünen Toppe und der in Gold gefassten Hauer an der schweren Uhrzeit. — Aber gerade unheimlich kam Wilhelm einer der beiden anderen am Tisch sitzenden Herren vor. Unbestimmt hatte der ihn mit leuchtenden Blicken angezerrt. Seine grauenerregenden Augen erinnerten an die einer Schlange, und das schmale, spitzbüchige Gesicht mit der überlangen und dem beschwammigen, spitzbüchigen Schnurrbart besaß etwas Diabolisches. — Der dritte im Bunde, der die Uniform eines Polizeibeamten trug, pagte mit seinem harmlosen Alltagsgesicht offenbar nicht so recht zu den beiden Jägern.

— Seltigen Schrittes eilte der Jäger aus dem „Goldenen Hirsh“ und ermete er ein wenig erleichtert auf, als er den neuen Wald erreichte und das geheimnisvolle Raunen und der Baumstümpel über sich hörte. Auf einer von Tannen umgebenen Anhöhe lag das ehemalige Jagdschloß, das jetzt als Oberförsterei diente. Ein annuitativer Bau mit vierzehn Türmen und Etern. — Mehrere Kilometer waldwärts befand sich das freundliche Forsthaus Eichengrund. Ein paar Holzarbeiter hatte Wilhelm nach dem Wege gefragt, ohne indes eine verständige Auskunft erhalten zu haben. Darum war es ihm lieb, jetzt einem Manne zu begegnen, der sich in seinem lauberen Umgang von allen bisher gelesenen Menschen vortrefflich unterschied. Er

bumpelte auf einem Stiefeln, war offenbar ein alter Invalid. Sein ehrliches, von hundert Falten und Fältchen durchfurchtes Gesicht mit dem mühsamen weißen Schnurrbart lächelte Wilhelm an, der ersten Blick vertraute ein Darum begrüßte er den Kreis freundlich und ließ sich von ihm die einzuklopfende Richtung noch einmal genau beschreiben. — „Wilt Sie gern begleiten, lieber junger Herr, damit Sie nicht fehl gehen.“ sagte der Alte darauf. „Ich veräume nämlich nichts und wolle bei dem herrlichen Winterwetter ein wenig Waldluft genießen.“

Das war dem Jäger natürlich sehr angenehm, und bald verhielten sich beide in Weidmannern recht lebhaft über dieses und jenes. Auf die Frage, auf welche Weise er sein Bein verloren habe, geriet der Veteran in sein rechtes Fahrwasser. Die blauen Augen begannen in jugendlichem Feuer zu leuchten, und er berichtete, daß er auch einmal ein Geizhals gewesen sei, bei dem lebenden Jägerknecht gedient und mit diesem auch ein halbes mitgemacht habe. Der Herr sei ihm von einer Granate das rechte Bein perspektiviert worden.

„Siebentes Jägerbataillon“ unterbrach Wilhelm ihn interessiert. „Welche Kompagnie?“ „Zweite“ lautete die Antwort. — „Aha, das ist ein interessanter Fall. Dann kennen Sie ganz gewiß meine Vater und den alten Normann von Moorhof — Hartung heißt ich.“

„Ei der Tausend!“ rief da der Stiefeln aus. „Hartung aus Taltheide?“ „Da ich Ihren Vater und den Moorhof kenne! — Meine besten Kameraden waren Sie ja doch, und letzte Eltern habe ich beide besch. — Michael Busch heißt ich. — Das ist aber wirklich ein merkwürdiger Zufall! — Und daß ich Sie nicht sofort erkannt habe, begreife ich einfach nicht, lieber Herr Hartung. Denn genau wie Sie heute ausschauen, habe ich Ihren Vater aus der Soldatenzeit in der Erinnerung. — Du lieber Gott, wie ist die Welt doch klein!“ — Damit drückte er Wilhelm herzlich die Hand und behauptete ihn nicht zu kennen. „Ich kenne Ihren Freund, den er längst schon gekannt hätte. Doch dann wurde er auf einmal sehr ernst und fuhr mit erweiter Stimme fort:



**Coswig. Explosion im Laboratorium.** In dem hier befindlichen Laboratorium ereignete sich im Laboratorium eine schwere Explosion. Hierbei wurden vier Personen so schwer verletzt, daß sie in ein Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Entschuldigungsverhältnisse noch nicht bekannt.

**Leipzig. Kraftwagenbahn Leipzig—Halle (Leha).** Wenn auch die Verwirklichung eines Kraftwagenbahns von Leipzig nach Halle (Leha) unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen nicht möglich ist, so werden doch die Vorbereitungen dazu von der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Kraftwagenbahn Leipzig—Halle weitergeführt. Mittel aus der werkschaffenden Erwerbslosenführung, wie sie im Wettbewerb für die Kraftwagenstraße Weisinger-Kahn gemacht worden sind, dürften auch in diesem Falle notwendig sein.

**Habeberg.** Gegen Ermäßigung der Aufwandsentschädigungen. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten von Habeberg beantragten die Bürgerlichen die Herabsetzung der Aufwandsentschädigungen für die Stadtratsmitglieder auf 25 Rm. und für die Stadträte auf 20 Rm. Dieser Antrag wurde trotz der schärfsten Finanzlage der Stadt von der sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit abgelehnt.

**Weinersdorf. Dreimal Feuer hintereinander.** Von Bränden heimgesucht wurden verschiedene Bewohner in den letzten Tagen. Zuerst ging in der hiesigen Straße die Dachstuhl in Flammen auf, doch konnte eine weitere Ausbreitung des Brandes verhindert werden. Am anderen Morgen gegen 5 Uhr brach aber gleichzeitig an drei Stellen des Ortes Schadenfeuer aus. Zunächst brannte es in dem Wohnhaus des Gutsbesizers Neufürchner. Haus und Scheune standen bald in hellen Flammen, so daß die Bewohner des Dreifamilienhauses nur das nackte Leben retten konnten. Fast zu gleicher Zeit wurde die Feuerwehr auf das Wohnhaus des Gutsbesizers Roedel gerufen, wo eine Scheune mit Getreide in Flammen aufging. Auch hier waren alle Maßnahmen vergeblich. Das dritte Feuer brach in der Scheune des Gutsbesizers Uhlmann aus, was aber hier rechtzeitig bemerkt worden, so daß es im Keime erstickt wurde. Da die drei heillosen Güter an verschiedenen Stellen des Ortes und sehr weit auseinanderliegen, ist das fast gleichzeitige Ausbrechen der Brände vermutlich auf Brandstiftung zurückzuführen. Die Untersuchung über die Gründe und die vermittelnden Täter ist eingeleitet worden.

**Stettin. Urentlicher Schwerpatzschaden geschlossen.** Im vorigen Sommer war unter Aufbringung nicht unerheblicher Mittel durch die Gemeinde Stettin-berode ein Schwerpatzschaden auf Gemeindegebiet eröffnet worden. Schon nach kurzer Zeit hat sich jedoch herausgestellt, daß die Ergebnisse des Schatzes zu geringe als daß er sich jemals rentieren könnte. Man hat sich daher jetzt entschlossen, den Schatz wieder zu schließen. Etwa 25 Arbeiter verlieren dadurch ihr Brot.

**Mücheln. Folgeschwere Verletzungsfall.** Ein äußerst schwerer Verletzungsfall ereignete sich in Mücheln bei Mücheln. Der Klempner und Elektriker Kurt Spindler aus Mücheln fiel mit seinem Motorrad mit Beiwagen an der Bahnhofsstraße mit einem Kraftwagen der Gewerkschaft Elbe 1 zusammen. Spindler wurde zwischen Motorrad und Beiwagen gefesselt und konnte nur mit größter Mühe unter großen Schwierigkeiten aus der vollständig geräumten Maschine hervorgeholt werden. Die Verletzungen sind lebensgefährlich. Der mit Spindler mitfahrende Lehrling Alfred Sander aus Neubisdorf erlitt verschiedene Knochenbrüche und schwere Schnittwunden im Gesicht. An dem Aufkommen Spindlers wird gearbeitet. Hamburg. Raubüberfall. Am unteren Wandweg wurde ein schwerer Raubüberfall verübt. Der 63jährige, bei einer Hamburger Firma angestellte Schlichtermeister Steuers hatte 4000 Mark Lohngehälter zwecks Auszahlung an Arbeiter erhalten. Steuers wurde, als er zur Bank am Liebe-Kanal ging, von Räubern, die mit einem Motorrad gekommen sein sollen, überfallen und seines Geldes beraubt. Es gelang, einen der Täter festzuhalten, der gefänglich in den oben Raubüberfall beteiligt gewesen zu sein. Nach den übrigen Verbrechen wird gefahndet.

### 20 000 Wirtshäuser sollen verschwinden

Neuregelung des Gaststättenwesens.

Berlin, 9. Februar  
Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages wird die Entscheidung über zwei grundlegende Fragen des Gaststättenwesens, der neuerdings den Namen Gaststättenengesetz erhalten hat.

Mit 15 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, des Zentrums und des Abgeordneten Dr. Mumm von der Christlich-Nationalen Arbeitsgemeinschaft wurde gegen die 12 Stimmen der übrigen Parteien die Einführung der Verhältniswahl (eine Gaststätte auf 400 Einwohner) bei der Prüfung der Bewilligungstage bei der Konfessionierung im Gaststättenwesen angenommen. Sollte dieser Beschluß auch in der zweiten Lesung sowie in der Volkskammer bestätigt werden, so wäre die Folge davon das Verschwinden von rund 7000 Gaststätten in Deutschland.

Die Frage der Konfessionierung des Fleischbierhandels wurde in vorerwähnter Sitzung entschieden. Für die Konfessionierung hat die beiden Parteien der Wirtschaftspartei.

### Eine neue Winterwiese.

(vicia panonica).  
In der breiten Landwirtschaft konnte man bisher nur die Sand- oder Zettelwiese (vicia villosa). Sie hat den Vorzug, völlig winterfest und mähewürdig zu sein, aber

den Nachteil leichten Ausfallens, so daß das nachfolgende Getreide, oft auf Jahre hinaus, vernachlässigt. Vorjährige Wiesen nahmen sie daher nicht in den Fruchtfolgeplan auf, sondern wiesen ihr im Gemenge mit einer frühen Roggenart, einen besonderen Schlag zu, wo sie häufig wiederkehrte.



In Bayern wurde nun in langjähriger Zucht eine weißblühende Wiese gewonnen, die die unangenehme Eigenschaft des Ausfallens nicht aufweist. Während die Zettelwiese hellgrüne Blätter an schwachen Stengeln und reichblühige, langgestielte, violette Blütentrauben hat (siehe Bild), sind bei der panonischen Wiese die Blätter dunkel, die Stengel kräftig und aufrecht und die weißen Blüten stehen zu 2 bis 6 in trageteligen Trauben beisammen. Letztere gedeiht ebenfalls auf leichtem Boden. Was man zur Grünfütterung nicht braucht, kann als Düng untergeerdet oder als Wiesen- oder Silofutter geerntet werden oder endlich zur Samen-erzeugung liehenbleiben. Der Winterwiesenbau macht den Boden untraufreich, gar und staufähig und schafft die Möglichkeit, zwei Ernten in einem Jahre zu machen.

Folgende interessante Versuch führte die Bayer. Landesanstalt im Jahre 1927 durch, um die zu erzielenden Grünfütterträge im Verhältnis mit anderen Grünfrüchten festzustellen.

Es ergaben:  
Weißbl. Winterwiese (vicia panonica) 294 dz/ha  
Blaubl. Zettelwiese (vicia villosa) 253 dz/ha  
Winterpeluschke (pisum arvense) 194 dz/ha  
Sommerwiese (vicia sativa) 296 dz/ha

Demnach brachte die ungarische (oder panonische) Wiese mehr als ihre zottelige Schwester und viel mehr als die Peluschke und reichte fast an die Sommerwiese heran, ohne das Feld den ganzen Sommer zu beanspruchen.

**Kommun- und Forstanger-Interessenten**  
werden zur Rechnungslegung  
**Mittwoch, den 12. Februar, abends halb 8 Uhr**  
im **Caes. Bachmannschen Lokal** eingeladen  
**Robert Weber, Aufsichtsrat**

**Huhn's Kaffee's**  
feinschmeckend  
stets frisch aus eigener Rösterei  
Auf Wunsch mit elektrischer Mühle gratis gemahlen

**Opel 4/16**  
offen, Vieriger, Kühler-Karosse, Zy-  
linder ausgeklüffelt mit neuen Kol-  
ben, neue Batterie usw. Bietet gegen  
Kasse 500,— M.  
**N. S. U. 250 ccm**  
mit elektrischem Licht, Vorschhorn,  
sofort gegen Kasse 300,— M.  
verkauft  
**Georg Conrad, Pechin (Elbe)**

Empfehle Dienstag mittag ab 1 Uhr  
**Schaum- und Fasten-  
brezeln**  
Am **Mittwoch**  
**ii. Pfann- u. Spritzkuchen**  
**Hermann Busch**  
Ein  
**Zündapp-Motorrad**  
fortgeschalteter billig zu verkaufen  
**Kreuzstraße 2**

**Frisch eingetroffen**  
Bratheringe  
Bratrollmops  
Sering in Gelee  
Rollmops in Remulade  
Kronfardinen  
Bismarckheringe  
Seelachs in Scheiben  
Seelachsfischgel, lose  
Appetitfild  
Gabelbissen  
Filetheringe  
Büdlinge  
Marinierte Seringe  
**J. G. Glaubig**

**Wieder sehr billig**  
**Seefische**  
Dienstag früh eintreffend  
**frische grüne Heringe**  
**frischer Schellfisch**  
**Paul Mierhichte, Burgstraße**

**Fr. grüne Heringe**  
**frischen Schellfisch**  
**Büdlinge**  
ger. Schellfisch  
ger. Seelachs  
empfehlen zu äußerst billigen Preisen  
ab Dienstag früh  
**Emma Heinicke, Telefon 356**

**Junges Mädchen**  
für Küche mit Familienanschluß  
sofort oder zum 1. April gesucht.  
Zu erfragen in der Geschäftsst.  
d. Bl.  
Suche zu Ostern einen  
**Glaserlehrling**  
**Georg Fehse, Glasermeister**

**Stid- und Stopf-Unterricht.**  
Ab **17. Februar** findet ein Kursus im **Maschinen-  
Sticken und Stopfen** statt.  
**Gründliche Ausbildung.**  
Beachten Sie bitte meine Schaulenker-Decoraton  
**Frau Hoffmann, Wittenberger Straße 26**  
Anmeldungen erbeten bis **15. Februar**

**Briefordner**  
und **Locher**  
empfehlen **Richard Arnold**  
**M.-T.-V.**  
Jeden Mittwoch, abends  
pünkt 1/2 9 Uhr in der Turn-  
halle  
**Turnen d. Altersriege**  
Mitglieder, die sich an diesem Turnen  
der Reiteren noch beteiligen wollen,  
werden hierdurch eingeladen  
**Der Turnrat.**

**Keine Glatze mehr!**  
Das kratzt, empfindl. Müllern des  
Haars mit Dr. Müllers Haarwuchs-  
mittel beseitigt zuverlässig Haar-  
schwund, Haarausfall, Kopfschup-  
peligkeit. Mit oder ohne Fett. Packung Rm. 1.—  
in allen einschlägigen Geschäften zu haben, sonst frei  
vom Hersteller Dr. Müller & Co., Berlin-Lichterfelde 1.  
**Müllern Sie Ihr Haar!**

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme  
bei der Beerdigung unseres lieben Entschlafenen sagen  
wir allen hiermit unsern herzlichsten Dank. Auch danken  
wir Herrn Pastor Schulze für seine Trostesworte sowie  
Herrn Kantor Herrig nebst Schulkindern für den er-  
hebenden Gesang.  
**Die trauernde Familie Spieler,**  
Lubast

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Kanbornen 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Sale höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik ujm. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige, Reklamezeile 40 Pfg., Ausnahmungsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich gelieferter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagensgebühr: 10. — Mit dem Einlegen, ausgibt Postgebühr; Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 17

Dienstag, den 11. Februar 1930

32. Jahrg.

## Im Auftrage der Städte-Genossenschaft der Provinz Sachsen werden in nächster Zeit Prüfungen v. Blikableiteranlagen

durch Sachverständige vorgenommen werden. Den bei der Genossenschaft versicherten Gehöfseigentümern, deren Gebäude mit Blikableitungen versehen sind, ist hierbei Gelegenheit geboten, die Anlagen **billig prüfen** zu lassen, da die Genossenschaft zu den Kosten dieser Prüfungen eine Beihilfe gewährt.

Gehöfseigentümer, die von dieser Vergünstigung Gebrauch machen wollen, werden ersucht, sich bis zum 20. Februar in der Stadt Greibitz zu melden.

Kemberg, den 8. Februar 1930.

Der Magistrat.

## Brennholzversteigerung.

Sonnabend, den 15. Februar, vormittags 10 Uhr, sollen im Stadtfort Oppin 67 rm kiefernes Scheitholz, 130 rm kiefernes Rollholz (Kahlhieb) 15 rm Buche und Eiche, 45 Reifshausen, versteigert werden.

Sammelort: Fortshaus. Bedingungen im Termin. Kemberg, den 10. Februar 1930.

Der Magistrat.

## Neues in Kürze.

- \* Die Art der Verhandlungen in London hat in Frankreich, das keinesfalls mehr führend auf der Seccionferenz ist, sehr bestimmt.
- \* Im Eisenmonopolstreik wurde das Urteil gefällt, das auf Freispruch bei allen Angeklagten lautete.
- \* Um den Reichshaushalt auszugleichen, ist ein neuer Kredit von 250 Millionen Markt erforderlich.
- \* Im Reichsfinanzministerium des Reichstags wurde das neue Haushaltsgesetz angenommen, durch das im März der Anleihe im Betrage 70 000 Reichsmark festgesetzt wurden.

## Politischer Wochenpiegel.

Aus Schwärzen zur Klarheit. — Youngplan, Etat und Finanzreform. — Die Aufgaben des Reichstags. — Abbau der Kontrollen. — Zusammenfassung der Länder im Ruf.

Vor kurzem noch ging es etwas bunt durcheinander. Der Reichsfinanzminister hatte keine Pläne, der Außenminister kam dazwischen, die Parteien stellten jede ihre Forderungen auf. Man würde nicht so recht, wo man anfangen sollte, um einen geordneten Gedankengang sich zurecht zu legen. Noch schlimmer war's für die Regierung und die Parteien selbst. Sie wurden durch stets neue Anzettelungen immer aus einem eben gefundenen Kurs gedrängt. Es hat über eine Woche gedauert, bis man schließlich einen Anlauf nahm, die Parteiführer zum Kanzler hat und nun zuerst einmal die schwebenden Probleme eine Ordnung annehmen. Das Zentrum hatte darauf gedrungen, ehe der Youngplan zur Beratung käme, über die Finanzreformpläne unterrichtet zu werden. Der Finanzminister mußte aber erwidern erklären, er wisse selbst noch nicht, wie die Finanzreform aussehen werde, und nach langer Ausrede wurde die Verhandlung schließlich auf ein engeres Gebiet gedrängt. Dieses Gebiet war lediglich der Youngplan und waren die Geleite, die mit ihm im Zusammenhang standen. Man war sich klar, daß dieses Abkommen ratifiziert werden müsse. Mit ihm hängen ein Gesetz der Reichsbahn, ein Gesetz der Reichsbank und hängen die Liquidationsabkommen zusammen. Man hat nicht gehört, wie die Parteien im Einzelnen zu den Geleiten stehen, nur das eine wurde bekannt, daß sie sich verständigt hätten. Folglich muß man warten, was im Reichstag selbst zur Sprache kommt. Die Reichsbahn scheint eine einheitliche Billigung zu finden, bei der Beratung des Reichsanstalts wird es kritischer, denn die Sozialdemokraten haben einen Initiativantrag eingebracht, der ihrem Kampf gegen Schacht entpricht. Ueber die Liquidationsgeleite wurde schon mehr bekannt. Besonders das Abkommen mit Polen hat erheblichen Widerstand ausgelöst, den Curtius nur brechen konnte mit der Erklärung, der Youngplan bilde mit den Liquidationsabkommen ein Ganzes, und zwar deshalb, weil die anderen Mächte seines Wissens, den Youngplan nur dann ratifizieren würden, wenn er mit den Liquidationsabkommen verbunden wäre. Schließlich aber drängte er

noch dahin, keine Verzögerung der Ratifizierungsverhandlungen eintreten zu lassen, weil dann nicht eine rechtzeitige Klärung der dritten Zone verbürgt sei.

Aber die Parteiführer haben dennoch den Wunsch gehabt, so bald wie möglich, auch über die zunächst vertragenen Finanzfragen zu sprechen. Die Regierung bereitete die Verhandlung mit den Parteiführern vor, kam aber nicht zu einem definitiven Entschluß, einigte sich nur dahin, die Parteiführer selbst mit Anzettelungen kommen zu lassen. Wollte man voraussetzen, was die Führer der Mehrheitsparteien wünschen, so würde man sicherlich ganz vorbei greifen, denn auch sie können feste Richtlinien für die Finanzreform nicht geben. Und so ist es eine Tatsache, daß sich so allein die Einrichtung einer zweiten Verhandlungs-Gruppe ergibt, sie ist der Etat.

Man hat sich über ihn mehr eingehender unterhalten können, da er Formen besitzt, die der Finanzminister weiß, was er streichen, was er neu fordern will. Es ist nicht nötig hier anzuführen, wie der neue Steuerhaushalt gebunden werden soll. Nebenfalls sollen nach der bisherigen Schätzung 900 Millionen notwendig sein, um den Etat zu balancieren. Und um eine solche Summe auszufüllen, muß nicht nur ein neues Steuerhaushalt



geben. Diese Neugebaltung ist aber nicht nur diejenige des Stufen geratet. Sie braucht lange Vorarbeit und könnte nur beschleunigt werden, wenn sich eine Bewegung auslöste, wie sie jetzt in den Verhandlungen zwischen Preußen und Mecklenburg-Strelitz in Erscheinung getreten ist. Beide Länder verhandeln wegen eines Zusammenschlusses. Die Verhandlungen sollen sogar sehr weit gediehen sein. Für Mecklenburg-Strelitz ist ein Zusammenschluß mit Preußen der einzige Ausweg, beträchtliche Ersparnisse zu machen. Wenn das Land auch reich ist, viele Sorten und Ländereien hat, so hat es doch keine besonders steuerkräftige Einwohnerzahl und dementsprechend zu große Verwaltungskosten. Nicht so schlimm steht es mit Brandenburg, das ebenfalls Neigung verspürt, unter gewissen Bedingungen, sich Preußen anzuschließen. In weiteren solchen Angelegenheiten leben wir unsert den einzig gangbaren Weg zur Vereinheitlichung des Reiches.

## Parteiführer und Reichsfinanzminister.

Um den Haushaltsplan 1930.

— Berlin, 8. Februar.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers fand in Anwesenheit der Mitglieder des Reichstags eine erste Aussprache mit den Führern der Regierungsparteien über die Gestaltung des Haushalts für 1930 statt.

Reichsfinanzminister Dr. Mostdenkauer erläuterte hierzu einen ausführlichen Bericht, an den sich eine eingehende Erörterung schloß.

Im Anschluß an die Besprechungen werden sich die Parteiführer mit ihren Fraktionsvorsitzenden in Verbindung setzen. Die Finanzsachverständigen der einzelnen Fraktionen werden alsdann Anfang nächster Woche die Besprechungen mit

dem Reichsfinanzminister aufnehmen.

An den Besprechungen nahmen teil die Abgeordneten Scholz, Japp und Cremer für die DVP, Esser und Brünning für das Zentrum, Reich für die WVP, Koch, Reinhold und Meyer für die Demokraten und Metz, Freiwilth und Keil für die SPD.

## Die Grundlage der Verhandlungen

bildeten die im wesentlichen bekannten Steuerpläne des Reichsfinanzministers zur Auffüllung des Fehlbetrages von rund 900 Millionen. Obwohl in allen Parteien gegen die neuen Steuerpläne starke Bedenken erhoben wurden, glaubt man in beteiligten Kreisen doch, so

## einem gemäßigten Optimismus

sprechen zu können, so daß es im Sinne des bekannten Zentrumschrittes gelingen könnte, noch vor der Beratung der Younggeleite im Reichstag eine grundsätzliche Einigung der Regierungsparteien über den Haushalt für 1930 zu erzielen.

## Ersparnisse für Wohlfahrts-einrichtungen

Wünsche der parlamentarischen Aemder.

— Berlin, 8. Februar.

Der Reichspräsident hat sich im Hinblick auf die ungünstige wirtschaftliche Lage entschlossen, die üblichen parlamentarischen Aemder in diesem Jahre ausfallen zu lassen und den hierdurch ersparten Betrag der Hindenburg-Spende zur Vinderung der Not unter den Kriegerverwundeten und Kriegesbeschädigten zu überweisen.

Auch die Reichsregierung hat einen entsprechenden Beschluß gefaßt und den ersparten Betrag der Stadt Berlin zur Sperrung bedürftiger Schulden zur Verfügung gestellt. Desgleichen hat der Reichspräsident unter Verzicht auf die parlamentarischen Aemder die sich ergebenden Ersparnisse einer Wohlfahrts-einrichtung zur Vinderung der Notlage der langfristigen Arbeitslosen im Osten des Reiches überwiehen.

## Neuer 250-Millionen-Kredit.

Zu den neuen Haushaltsplänen.

— Berlin, 9. Februar.

Ueber die Pläne zum Ausgleich des Reichshaushalts 1930/31 verläutet von unterrichtet Seite noch folgendes:

Es ist beabsichtigt, die Fehlbeträge der Reichsanleihe für Arbeitslosenversicherung außerhalb des normalen Haushalts zu regeln in der Form, daß die Arbeitslosenversicherung einen Kredit in Höhe von 250 Millionen Markt zur Verfügung stellt. Das Reich wird für diesen Kredit die Ausfallbürgschaft übernehmen und, um jede Sicherheit dafür zu schaffen, daß diese Beträge nicht verloren gehen, Reichsbahnvorsatzgattien mit einer Garantie gegen Kursverluste in Höhe von 250 Millionen Markt der Arbeitslosenversicherung übergeben.

Weiter soll das Reichsfinanzministerium einen Tilgungsplan aufstellen, der diese Schuld im Laufe von einigen Jahren abgeben soll. Praktisch heißt das, daß das Reich neue Schulden in Höhe von 250 Millionen Markt machen muß, um den Haushalt auszugleichen. Bekanntlich ist ferner geplant, die Biersteuer um 50 Prozent und die Umklesteuer um ein Viertelprozent zu erhöhen. Wie verläutet, beabsichtigt das Reichsfinanzministerium, den Bändern infolgedessen einen Ausgleich zu bieten, als ihnen von dem Mehraufkommen der Biersteuer 80 Millionen zufallen, von denen Bayern allein 40 Millionen erhalten soll.

## Anschluß an Preußen?

Aussprache im Streikler Landtag.

— Neustrelitz, 8. Februar.

Die Haushaltsrede des Staatsministers Dr. von Reibnitz im Streikler Landtag bezeichnete den Staatshaushaltsplan für 1930/31 als Sparhaushalt. Er erwähnte die wachsende Verschuldung des Landes, die seit der Stabilisierung der Markt jährlich 2 Millionen Markt an Anleihen für die Aufrechterhaltung der Eigenhaftigkeit erfordert habe.

Man müsse zur rechten Zeit in Anschlußverhandlungen eintreten. Amtliche Verhandlungen seien darüber noch nicht gepflogen worden. Es habe lediglich eine unverbindliche Festlegung zwischen dem preussischen Minister des Innern und seinen zuständigen Departementen einerseits und dem mecklenburg-strelitzischen Staatsminister und den Parteiführern der Regierungsparteien andererseits stattgefunden. Eine von allen Parteien zu verantwortende Festlegung der Anleihefrage müsse gefunden werden.

Der deutschnationale Abgeordnete von Waldow erklärte, die finanzielle Lage sei identisch mit der allgemeinen Landwirtschaftsfrage, die Gesamtbelastung in Preußen habe den im einzelnen in Mecklenburg-Strelitz vielfach ungünstigeren Steuerverhältnissen die Waage. Dr. Forth (Soz.) Landrat des Amtes Strich, betonte ein Anschluß hätte eine erhebliche finanzielle Erleichterung der Bürger des Kreises ausfallen. Der Abgeordnete Dr. Seipke (DVP) begrüßte